
Für IMF-Chefin Lagarde bleibt die Sanierung der Staatsfinanzen zwingend

Mehr Wachstum liegt in Reichweite

7.5.2012, 21:59 Uhr

Christine Lagarde hält eine Rückkehr zu solidem Wachstum für möglich. An gesunden Staatsfinanzen führe aber kein Weg vorbei. Entscheidend sei die richtige Dosierung und Kombination von wirtschaftspolitischen Massnahmen.

Am Tag nach den Wahlen in Frankreich und Griechenland, die vielerorts die Erwartung wecken, dass das wirtschaftspolitische Pendel in Europa nun wieder weg von der Stabilitäts- hin zu einer schuldenfinanzierten Wachstumspolitik ausschlägt, hat die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IMF) Christine Lagarde keinen Zweifel an der Notwendigkeit, die Staatshaushalte zu sanieren, gelassen. In ihrem vom Schweizerischen Institut für Auslandsforschung (sif) organisierten Vortrag an der Universität Zürich erklärte sie, dass die Welt dringend mehr und besseres Wirtschaftswachstum brauche, dies bei richtiger Dosierung und Kombination von Politikmassnahmen aber auch durchaus möglich sei. Dabei blieben Fiskalkonsolidierungen zwingend. Lagarde rechnete vor, dass die durchschnittliche Schuldenquote in den Industrieländern nächstes Jahr 109% des Bruttoinlandprodukts betragen werde. Das sei nicht aufrechterhaltbar.

Es sei aber klar, dass eine Sparpolitik das Wachstum bremse – mit dieser Bremse müsse man jedoch leben. Wenn die Sparpolitik richtig kalibriert und in einer glaubwürdigen mittelfristigen Strategie verankert werde, lässt sich laut Lagarde immerhin verhindern, dass sie zu viel Schaden anrichtet. Ohne eine solche Strategie würden viele Länder gezwungen, unnötig schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen. Insgesamt sollten Sanierungen aber schrittweise und beständig erfolgen können.

Wenigstens würden die beiden anderen Bremsen für das Wachstum in der kurzen Frist – das Bankensystem und der Immobilienmarkt – langsam aber sicher wegfallen. Lagarde beschrieb die Auswirkungen des Gesundungsprozesses der Banken, des «Deleveraging», als überschaubar. Zudem bauten sich die wachstumsfeindlichen Überhänge auf den Immobilienmärkten ab. Als Rezept für Wachstum in der mittleren Frist erwähnte Lagarde Reformen der Produkt- und Arbeitsmärkte. Geschützte Sektoren wie Transport, Bau und gewisse Dienstleistungen müssten aufgebrochen werden, damit diese Märkte allen zugänglich würden. Dabei müssten auch die Löhne wieder an die Produktivität angepasst werden.

Für Lagarde ist klar: Mehr und besseres Wachstum liegt in Reichweite, und die Debatte «Austerität oder Wachstum» ist eine falsche. Auf die Frage nach den Folgen der französischen Wahlen, die im Publikum jedem auf der Zunge lag und von Gastgeber Martin Meyer vom sif deshalb fast entschuldigend gleich selber gestellt wurde, antwortete Lagarde ganz in diesem Sinne. Sie erhofft sich nämlich, dass sich die neue französische Präsidentschaft in ihrer Politik vom Grundsatz leiten lassen, dass Wachstum und Stabilität eng miteinander verknüpft sind, und dass davon ganz Europa profitieren werde.